Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 4

Artikel: Hoffnung für das Ruhrgebiet
Autor: Hartmann, Horst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347697

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Horst Hartmann

Hoffnung für das Ruhrgebiet

Für den Schriftsteller Max von der Grün, der mit seinen sozialkritischen Bergbau-Romanen die Literatur der Arbeitswelt aus ihrem Getto führte, ist das Ruhrgebiet eine «kapitalistische Missgeburt». Er hat recht, der «Kohlenpott» verdient die Bezeichnung mordshässlich. Doch der einst als Kumpel ins Revier gekommene Max von der Grün ist zwischen Rhein und Ruhr sesshaft geworden: «Hier kann man leben, weil die Menschen miteinander umgehen, hier wird ‚Tacheles' geredet und am Tresen von der täglichen ‚Maloche'; es wird frei geredet über die Tauben des Nachbarn, über Streik und Tarif und über Karl, der ein fettes Kaninchen geschlachtet und uns, seine Kumpels, nicht zum Essen eingeladen hat.» Nun kann man sich dem Revier auch weniger rauhbeinig nähern, beispielsweise so wie der Kabarettist Jürgen von Manger. Er hat die Sprachlosigkeit der Menschen auf vertrackt hintergründige Art und Weise zum Ausdruck gebracht. Manger stolpert wie seine Vorbilder über die eigene Zunge und offenbart eine rührende Unbeholfenheit der Ruhrmenschen ausserhalb ihres verrussten Milieus, aber auch ihren gesunden Menschenverstand, ihre Nüchternheit und ihre im Vergleich zu andern deutschen Stämmen bemerkenswerte Offenheit und Vorurteilslosigkeit.

Doch alle Loblieder auf die Menschen im Revier können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich beim Ruhrgebiet um eine proletarische Stadtlandschaft handelt, typisch für die ohne Rücksicht vorangetriebene Industrialisierung. Das Revier entlarvt die Rolle der Arbeiter zwischen Profitstreben der Schwerindustrie und bescheidenen Feiertagsfreuden nach einem stumpfsinnigen Achtstundentag. Die wirtschaftlich einseitige Ausrichtung der ehemaligen preussischen Waffenschmiede, mit Krupp in Essen als Kanonenlieferanten, geht auf Kaiser Wilhelm II. zurück, der die Arbeiter weder durch das Denken noch durch das Marschieren ablenken lassen wollte. Im Ruhrgebiet gab es bis 1918 weder «Doktorfabriken» noch Garnisonen. Die Universitäten in Bochum, Dortmund, Essen, Duisburg und die Fern-Universität in Hagen entstanden alle in der Nachkriegsära.

Die wirtschaftliche Expansion im 19. Jahrhundert lockte Zuwanderer aus allen Himmelsrichtungen an, von denen Körperkraft und Arbeitsdisziplin verlangt wurden. Die Anziehungskraft war gross. Was der goldene Westen Amerikas für europäische Auswanderer war, bedeutete das Ruhrgebiet mit dem Steinkohlenbergbau für Menschen aus ländlichen Gebieten, vor allem aus Polen. 1871 wohnten in der Kernzone etwa 500 000 Menschen. Hundert Jahre später waren es fast vier Millionen. In jeder der letzten drei Generationen hat sich die Bevölkerungszahl verdoppelt. Diese Entwicklung wird besonders deutlich am Beispiel der Stadt

Gelsenkirchen. 1818 war es noch ein Dorf von 500 Einwohnern, 1913 bereits eine Grossstadt mit 176 111 Einwohnern.

Zwischen Konjunktur und Flaute

Erst als es längst zu spät war, erkannte man die Problematik eines sich chaotisch ausbreitenden Industriereviers. So kam es 1920 zur Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, und einige Jahre später begannen die Eingemeindungen. Letztere erwiesen sich als problematisch, weil sich die Bevölkerung nicht mit künstlich geschaffenen Grossstädten identifizierte, die zu kommunalen Machtzentren führten. Doch die Konjunktur vergoldete alle Widersprüche. Aber Krisen erwiesen sich als unvermeidbare Begleiter des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Bereits 1857 kam es zu Konkursen, Feierschichten und Massenentlassungen, 1873 endete die Hochkonjunktur abrupt. Elend war die Folge. Auch in den zwanziger Jahren erwies sich das Ruhrgebiet als anfällig. Zechen wurden stillgelegt, Rationalisierungsmassnahmen führten zu anhaltender Arbeitslosigkeit. Im Zeichen der Aufrüstung nach 1933 erlebte das Ruhrgebiet nur eine Scheinblüte, obwohl der Montanindustrie eine Schlüsselrolle zugedacht war. In den ersten Nachkriegsjahren schien sich der Bergbau erfolgreich zu behaupten. Doch die Konkurrenz des billigen Öls führte erneut zu Zechenstillegungen am laufenden Band, und die Entstehung der Ruhrkohle AG, mit der die Zechenbesitzer auf eine privatwirtschaftliche Sanierung verzichteten, schob dem Staat endgültig die Verantwortung für das Ballungszentrum zwischen Rhein und Ruhr zu, das sich seit gut zwei Jahrzehnten in einer Dauerkrise befindet. Seit 1960 sind 450 000 Arbeitsplätze verschwunden, aber nur 200 000 neu geschaffen worden. Die Arbeitslosenquote liegt deutlich über der in andern Regionen. Im Frühjahr 1979 betrug sie teilweise 6,4 Prozent, im Landesdurchschnitt 5,0 Prozent, im Bundesgebiet aber nur 4,2 Prozent. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter, in Grossstädten sogar auf 8,7 Prozent. Überalterung, ein Heer von Frührentnern und die Abwanderung von 500 000 Menschen zeigen, was die Stunde geschlagen hat.

Wendepunkt Ruhrkonferenz

Kein Wunder, wenn die sozial-liberale Landesregierung in Düsseldorf den Ernst der Stunde erkannte und mit der Ruhrkonferenz vom Mai 1979 in Castrop-Rauxel die Weichen für ein umfangreiches Ankurbelungsprogramm stellte, das in den nächsten fünf Jahren mindestens fünf Milliarden Mark verschlingen wird. Es gilt, Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen, nicht zuletzt die nie versuchte Entflechtung von Wohn- und Industriegebieten. Ministerpräsident Johannes Rau hat mit diesem Sanierungsprogramm gute Aussichten, sein Amt bei den Landtagswahlen 1980 zu verteidigen, denn die SPD steht hinter seiner «Politik der Zuwendung», mit dem Rezept «in der Schrittfolge hören, nachdenken, antwor-

ten, entscheiden». Rau vertritt ein Programm des Dialogs, er ist kein Volkstribun. 293 von 307 Delegierten bestätigten ihn als Landesvorsitzenden. Die Sozialdemokraten müssen allerdings darauf achten, nicht Stammwähler an die grünen Parteien zu verlieren. Der Rücktritt des Landwirtschaftsministers Diether Denecke wegen des geplanten Baus einer Autobahn durch das Rothaargebirge hat gezeigt, dass die Koalition eine glaubwürdige Umweltpolitik treiben muss.

Bonn unterstützt die Pläne des Landes nach Kräften. Die Rettung des Ruhrgebietes sieht Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) in einer krisensicheren Hilfe für Kohle und Stahl, die durch neue Technologien langfristig international wettbewerbsfähig erhalten werden sollen. Das will sich die Bundesregierung eine Milliarde Mark kosten lassen. Da die Regierung jedoch aus finanzverfassungsrechtlichen Gründen das Ruhrgebiet nicht vor anderen Regionen einseitig bevorzugen kann, muss eine weitere Milliarde für andere Bundesländer bereitgestellt werden. Nach Auffassung Matthöfers soll sich die Landesregierung vor allem für mehr Umweltschutz und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit für Verkehrsprojekte und Forschungsvorhaben engagieren. Die umweltfreundlichen Massnahmen Bonns dürften insgesamt 775 Millionen Mark kosten, von denen ein Drittel allein Nordrhein-Westfalen zugute kommt. Ausserdem sollen Modellvorhaben im grosstechnischen Massstab mit 120 Millionen Mark finanziert werden, wie sich bei Altanlagen gas- und staubförmige Luftverunreinigungen vermeiden lassen. Weitere 240 Millionen sind für neue Werkstoffe und Techniken vorgesehen. Geplant ist ein Forschungszentrum zur Gewinnung und Verarbeitung von Schweröl. Auch die Kohleentschwefelung steht auf dem Förderprogramm. Das Bonner Bundesarbeitsministerium stellt überdies 190 Millionen für verschiedene Einzelprojekte zur Verfügung, wobei auch an den Aufbau eines Instituts zur Humanisierung des Arbeitslebens gedacht ist.

Zukunftsmodell der Strukturpolitik

Der nordrhein-westfälische Bundesratsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) hat sich mit der neu konzipierten Strukturpolitik grundlegend beschäftigt. Seine Überlegungen vermitteln deutlich die Schwierigkeiten und Lösungen bei Hilfsprogrammen in Ballungsgebieten. Die Verlagerung von Wirtschaftszentren hat, wie die Wanderbewegung der Industrie von der amerikanischen Ostküste in Richtung Westen, Slumgebiete geschaffen, und ähnliche Tendenzen lassen sich bereits in der Bundesrepublik erkennen. In den verödeten Ballungsgebieten bleiben Problemgruppen zurück: Gastarbeiter, Arbeitslose, Rentner, kinderreiche und einkommensschwache Familien. Hinzu kommt die besondere Problematik, dass die Inanspruchnahme von Boden und Umwelt der an Bedeutung verlierenden Branchen nicht in gleicher Weise zurückgeht wie ihr Anteil am Sozialprodukt. Es fehlen deshalb Flächen für industrielle Neuansiedlungen. Das wirkt sich

negativ aus, weil in Ballungsgebieten unternehmerische Erfahrungen, eine gut ausgebildete Arbeiterschaft und eine ausgebaute Infrastruktur vorhanden sind. Der innovatorischen Industriepolitik kommt nach Christoph Zöpel daher entscheidende Bedeutung zu. Der Minister vertritt die Auffassung, dass der für das Ruhrgebiet notwendigen neuen Strukturpolitik auch für das Saargebiet, Bremen, Hamburg und unter Umständen für alle Ballungsräume Modellcharakter zukommt. Grosse Bedeutung misst er einer entsprechenden Städtebauförderung bei, Sanierungen, Wohnumfeldverbesserungen, Wohnungsmodernisierungen. Dabei müssen aber unbedingt gravierende Fehler der Vergangenheit vermieden werden, die zu einer grossen Verbitterung im Ruhrgebiet geführt haben.

Das warnende Beispiel: die Siedlung Mausegatt

Der Verkauf der Mülheimer Bergarbeitersiedlung Mausegatt ist leider nur ein Beispiel unter vielen ähnlichen. Die Einwohner fühlten sich von der halbstaatlichen Veba wie von Fürsten, die einst Länder und Menschen verschoben, behandelt. Trotz einer Zehn-Jahres-Frist zur Übernahme der Siedlung in genossenschaftliches Eigentum verhökerte die Veba die Siedlung an eine Bauträgergesellschaft. Das bedeutet aber Einzelverkauf gegen Höchstgebot und Vertreibung der meisten älteren Einwohner. Die Veba pfeift wie so viele andere Grossunternehmen an Ruhr und Rhein auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Ihr ist nur der Profit heilig. Das hat die etwa vierzig Bürgerinitiativen zur Rettung von Zechensiedlungen alarmiert, zumal sich der Eindruck verstärkt, dass weder Parteien noch staatliche Instanzen an einer vernünftigen sozialen Lösung interessiert sind. Im Fall Mausegatt war bereits schon einmal eine Verramschung der Siedlung vorgesehen, und zwar ausgerechnet durch eine der Stadt gehörende Gesellschaft, die zwar als «sozial» etikettiert, tatsächlich aber Unternehmerinteressen gegen die Bewohner verfocht.

Die von ihr geplante Supermodernisierung zeigte, wie die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion Mülheims die Interessen der Bewohner ignorierte. Da es im Ruhrgebiet heute noch 2400 Arbeitersiedlungen gibt, in denen rund eine Millionen Menschen leben, bleibt die bereits zu Beginn der Kohlenkrise einsetzende Vermarktung der Siedlungen einschliesslich des Abrisses gegen den erklärten Willen der Betroffenen ein Stein des Anstosses. Eine bescheidene Modernisierung genügt den Bewohnern völlig, luxuriöse Umbauten, die zu erheblichen Mietzinssteigerungen führen, lehnen sie ab. Vor der Landtagswahl von 1975 hatte die SPD-Fraktion die Situation realistisch eingeschätzt, danach leider nicht mehr. Seit 1976 gibt zwar das Land jährlich 30 Millionen Mark an Zuschüssen zur Modernisierung aus, doch das reicht nur für maximal sechs Siedlungen. Es stimmt in diesem Zusammenhang übrigens nachdenklich, dass auf der Ruhrkonferenz als einziger der katholische Bischof Franz Hengsbach, Essen, diese Problematik deutlich erwähnt hat.

Die Sozialdemokratie ist gefordert

Ebenso deutlich äusserte sich übrigens der Präses der evangelischen Kirche in Westfalen, Dr. Heinrich Reiss: «Wer dem Revier helfen will, muss den Arbeitslosen helfen.» Er warnte davor, neue Probleme mit veralteten Kategorien zu erfassen. Ohne Übertreibung lässt sich schon heute sagen, dass sich die Zukunft der SPD in Nordrhein-Westfalen daran entscheiden wird, ob und wie sie die Strukturkrise des Ruhrgebietes meistert. Gedämpfter Optimismus erscheint bereits heute durchaus angebracht. Das Programm der Landesregierung berücksichtigt nämlich alle wichtigen Gebiete: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Förderung zukunftsweisender Technologien und Innovationen, Stadterneuerung und Verbesserung des Wohnumfeldes, Umweltschutz, Förderung des Ruhrgebietes als energiewirtschaftliches Zentrum und allgemeine Stärkung der Innovationskraft. Eine entscheidende, nein, die Schlüsselrolle wird dabei die Steinkohle als Energieträger spielen, zumal bundesweit bevorzugt Kohlekraftwerke statt Kernkraftwerke gebaut werden sollen. Verbesserungen der herkömmlichen Kohlegewinnung und die Förderung neuer Veredelungsverfahren könnten dem Revier sogar zu einem neuen, heute kaum vorstellbaren Aufschwung verhelfen.

In Lünen entstand bereits eine Prototypanlage der Kohledruckvergasungsanlage zur Stromerzeugung in einer kombinierten Gas-Dampf-Turbine. Dieses Projekt ist bislang mit 67 Millionen Mark vom Land unterstützt worden. In Bottrop entstand eine Grossversuchsanlage zur Verflüssigung von Steinkohle durch katalytische Hydrierung. Das aus Kohle zu gewinnende Kohleöl ist ein Substitutionsprodukt für schwere und leichte Heizöle und ein Rohstoff für den Chemiemarkt. Die Innovationskosten betragen über 130 Millionen Mark.

Mit dem freien Spiel der Kräfte ist es nicht getan

Für die langfristige und umweltfreundliche Nutzung der Kohle fördert das Land die Entwicklung der nuklearen Prozesswärme zur Kohlevergasung. Dazu wird in Hamm-Üntrop ein Thorium-Hochtemperaturreaktor gebaut, dessen Kosten bei 1,75 Milliarden liegen. Dem metallischen Werkstoffprogramm zur Entwicklung hochwarmfester Stähle schenkt das Land grosse Aufmerksamkeit, um die Wettbewerbssituation der Stahlindustrie und Reaktorindustrie zu stärken. Die Landesregierung hat auch in den vergangenen Jahren bereits entscheidende Projekte gefördert, um eine Umstrukturierung auf technologisch hochwertige Produktionszweige zu ermöglichen. Finanzielle Spritzen sollen vor allem mittelständische Unternehmen bekommen, die neue Produktionsverfahren anwenden. Arbeitsmarktpolitische Massnahmen sind geeignet, Problemgruppen unter den Arbeitslosen Hilfe zu gewähren. Bemerkenswert und in ihrem Umfang für deutsche Verhältnisse beispiellos sind die Umweltschutzmassnahmen. Be-

reits 1962 ist das erste deutsche Immissionsschutzgesetz der BRD in Düsseldorf erlassen worden.

Eine Wende auf Grund neuer Technologien wird für das Ruhrgebiet wahrscheinlich erst in sechs Jahren möglich sein, wenn die Ölgewinnung aus Kohle in grösseren Mengen anläuft.

Ob allerdings die Produkte einer eventuell schon vor 1984 entstehenden Grossanlage für die Vergasung und Verflüssigung von Steinkohle vom Markt aufgenommen werden, hängt letzten Endes von der politischen Konstellation ab. Noch ist das Benzin aus Hydrieranlagen erheblich teurer als das importierte Öl. Nicht Erfindergeist allein wird die anstehenden Probleme im Ruhrgebiet lösen, die Politiker werden gleichzeitig für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen haben, die mit dem freien Spiel der Kräfte kaum noch etwas gemeinsam haben werden. Schliesslich werden heute die Kosten für neue Entwicklungen kaum noch von Unternehmern getragen, sondern immer mehr vom Staat. Die Sorge um die Zukunft des Ruhrgebietes verlangt aber auch ein erhöhtes Gespür für die soziale Problematik. Andreas Schliesser vom DGB Landesbezirk Nordrhein-Westfalen hat auf der Ruhrkonferenz in Castrop-Rauxel deutlich vor der Problematik des technischen Wandels gewarnt und Arbeitslosigkeit die «unmenschlichste Folge» von Strukturwandel und Rationalisierung genannt, der berufliche Dequalifikation, erzwungene Mobilität oder Verlust des sozialen Status vorausgehen. Technischer Wandel allein kann deshalb noch kein gesellschaftspolitisches Ziel sein. Entscheidend bleiben Fortschritte in Richtung einer menschenwürdigen Gesellschaft.